

Nebenkostenabrechnung ist eine Skandalabrechnung

Die Nebenkosten für das Jahr 2012 belaufen sich für einen Mieter in der Seegefelder Str. in Spandau auf 6.545,87 €. Dies bedeutet einen Quadratmeterpreis von 7,04 €/Monat. Die Vorauszahlungen beliefen sich auf 3.453,00 € und somit ergibt sich ein Nachzahlungsbetrag in Höhe von 3.092,87 €. Dass im Berliner Mietspiegel im Durchschnitt pro Quadratmeter nach der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 2,52 € aufgerufen werden, zeigt welches eklatante Missverhältnis in diesem Fall vorliegt. Unser Widerspruch und unsere Prüfung, also Einsichtnahme der Belege bei der zuständigen Hausverwaltung, führte zu dem Ergebnis, dass die Hausverwaltung mit Schreiben vom 18. Dezember 2013 mitteilte und uns am 2. Januar 2014 zuging. Wörtlich heißt es im zweiten Absatz: „Aus Kulanz und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht stimmen wir Ihrem vorgeschlagenen Vergleich eines Pauschalabzuges zu und werden den Betrag von 927,86 € (30%) in Abzug bringen.“ Weiter heißt es im dritten Absatz: „Der vollständige Nachzahlungsbetrag in Höhe von 3.092,87 € wurde bereits vom JobCenter vorbehaltlos am 12. Juni 2013 überwiesen.“ Das Guthaben wird dem Mietkonto zugeführt und auf Wunsch des JobCenters zurückerstattet.

Dieser Fall ist kein Einzelfall und kostet den Berliner Steuerzahler jedes Jahr Millionen von Euro, die man hätte besser für Notleidende, Obdachlose oder Jugendliche, die es bitter nötig haben, einsetzen können. Diese anhaltende Entwicklung der letzten Jahre ist bezeichnend und führt automatisch zur Frage, warum andere Interessenverbände für Mieter dazu schweigen. Die Hausverwaltung hat Einsichten gezeigt, die andere in keinem Fall gehabt hätten. Vielleicht fiel Ihnen auch das Zitat von Johann Wolfgang von Goethe ein: **„Man kann sein Gewissen betrügen, aber nicht täuschen.“**